

# Hartz IV – und der Tag gehört dir

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel/Thema</b>	<b>Seite</b>
<b>Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>I Hartz IV - Wie alles begann</b>	<b>11</b>
1.1 Die Erfinder	12
1.2 Die neuen Gesetze	15
1.3 Was steht mir überhaupt zu?	21
1.4 Woraus besteht der Regelsatz?	25
<b>2 Hartz IV und seine Folgen</b>	<b>26</b>
2.1 Einmalige Kosten der ARGEn	27
2.2 Laufende Kosten und Fallzahlen	29
2.3 Kommunen kurz vor der Pleite	35
2.4 Zu viel im Argen bei den ARGEn	39
2.5 Die Prozesslawine	43
2.6 Die Willkür der Ämter	47
2.7 Streitpotenzial beim Regelsatz	51
2.8 Das Urteil und seine Folgen	55
2.9 Ein-Euro-Jobs: Sinn und Unsinn	57
2.10 Die Grenzen des Systems	61

<b>3</b>	<b>Das öffentliche Interesse</b>	<b>67</b>
3.1	Markenname Hartz IV	68
3.2	Jugendliche „hartzten“ herum	70
3.3	Die Macht der Medien	72
3.4	Die Rolle der Politik	75
3.5	Teile und herrsche - Politik schürt Hartz-IV-Debatten	79
3.6	Prominente vs. Hartz-IV-Sanktionen	84
3.7	Koalitionsvertrag 2009: Hartz-IV-Reform oder Schaufensterpolitik?	86
3.8	Grundgesetzänderung: Das ARGE-Leben geht weiter	90
<b>4</b>	<b>Die Personengruppen</b>	<b>94</b>
4.1	Alleinerziehende	95
4.2	Alleinstehende	100
4.3	Familien	102
4.4	Die Hartz-IV-Kinder	104
4.5	Die Aussteiger	107

<b>5</b>	<b>Machtlosigkeit der Mitarbeiter</b>	<b>109</b>
5.1	Ein Tag im Leben eines Sachbearbeiters	110
5.2	Faktor Zeitarbeit	118
5.3	Schwarzarbeit	122
5.4	Selbstständige	124
5.5	Schulden	127
5.6	Soziale Ungerechtigkeit	129
5.7	Hoffnungslose Fälle/Kapitulation	133
<b>6</b>	<b>Das Leben mit Hartz IV</b>	<b>135</b>
6.1	Die virtuelle Welt	136
6.2	Ernährung und Gesundheit	139
6.3	Privileg Bildung	142
6.4	Die Alltagsdrogen	145
6.5	Die Haustiere	148
6.6	Leben am Rande der Gesellschaft	150
<b>7</b>	<b>Der Bescheidene</b>	<b>153</b>
7.1	Sein Werdegang	154
7.2	Sein Leben	157
7.3	Seine Zukunft	160

<b>8 Die Familie</b>	<b>162</b>
8.1 Ihr Werdegang	163
8.2 Ihr Alltag	166
8.3 Ihre Zukunft	169
<b>Schlussakkord des Verfassers:</b>	
<b>Es gibt einen Ausweg</b>	<b>171</b>
Quellenangaben	175

## Einleitung

Man stelle sich vor: Der Regierungschef eines der führenden westlichen Industrieländer beauftragt einen korrupten Firmenchef, ein Konzept für die Modernisierung des Arbeitsmarktes zu erstellen.

Gesagt, getan. Nach drei mehr oder weniger greifbaren und kaum öffentlichkeitswirksamen Konzepten geht die 4. Reform (Zusammenlegung Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe) in die Geschichte ein. Ein System geprägt von sozialer Ungerechtigkeit und Milliardenkosten.

Was sich wie eine schlechte Romanvorlage eines unbedarften Sozialkritikers anhört, ist bittere Realität. Im Rahmen seiner Agenda 2010 beauftragte Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder den ehemaligen Gewerkschafter, VW-Personalchef und VW-Vorstandsmitglied Peter Hartz mit der Modernisierung des Arbeitsmarktes, gleichbedeutend mit der größten Sozialreform der Bundesrepublik Deutschland.

Ab dem Jahre 2003 wurden seine Konzepte mit dem Kommissionstitel „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ nach und nach umgesetzt. Während die Konzepte Hartz I bis III (Strukturreformen der Arbeitsverwaltung) wenig Beachtung fanden, schlug die Umsetzung des Hartz-IV-Konzeptes hohe Wellen.

Als Sachbearbeiter bei Sozialamt, Arbeitsagentur und ARGE habe ich die Umsetzung hautnah kennen gelernt, wobei mir vieles bis heute unverstündlich geblieben ist. Man hebt ein funktionierendes System aus den Angeln und verursacht Unmengen von Kosten. Auf der einen Seite wurden horrenden Beträge für die neuen Standorte der Verwaltungen ausgegeben, um auf der anderen Seite die Leistungen der Leute zu kürzen und damit den sozialen Abstieg nach einer Arbeitslosigkeit zu beschleunigen.

Durch die neue Gesetzgebung und die zunehmende Pauschalisierung der ehemals einmaligen und bedarfsorientierten Leistungen ist eine individuelle Hilfe heute kaum noch möglich. In Wahrheit ging es wohl eher darum, durch den höheren Personaleinsatz die Fallzahlen so schnell wie möglich zu senken. Egal, ob durch Arbeitsaufnahmen oder finanzielle Sanktionen.

Bei jeder unserer Teamsitzungen in der ARGE wurde auf der neuesten Statistik der Fallzahlen herumgeritten, ohne die einzelnen Fälle und Schicksale der Betroffenen einmal zu hinterfragen. Das ist ein Irrweg. Die Statistik ist eine Hure, hat Max Merkel einmal gesagt. Warum? Da reitet jeder drauf herum.

Mir ging es immer um die Menschen, um deren Geschichte, auch um die Abgründe hinter der Fassade. Das sollte einmal bei der Arbeit inspirieren auf dem Weg, Auswege und Lösungen zu finden. Und die Zufriedenheit im Job kann man ohnehin nur erreichen, indem man den Leuten hilft und Perspektiven aufzeigt, Hilfe zur Selbsthilfe leistet. So lautet schließlich der gesetzliche Auftrag, jedenfalls sehe ich so den Geist der sozialen Hilfe. Einen nachhaltigen Erfolg erreicht man allerdings nicht durch Leistungsverweigerung.

Um diese Menschen und ihre Geschichten soll es auch in diesem Buch vorrangig gehen, ohne dabei natürlich die sozialen Missstände außer Acht zu lassen. Wir entfernen uns immer mehr von unserem bewährten Sozialsystem und steuern geradewegs auf den totalen Kapitalismus zu. Das Hartz-IV-System hat daran einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Es wird also höchste Zeit, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Bei meinen vielen Diskussionen und Gesprächen mit direkt oder indirekt Betroffenen lautete das Resümee in den meisten Fällen: Hartz IV? Darüber kann man ein Buch schreiben. Hier ist es.

Der - zugegeben etwas zynische - Titel dieses Buches beschreibt das einzige Privileg, das den Langzeitarbeitslosen noch geblieben ist: Freizeit, aber auch - und gerade - die kann auf Dauer zur Last werden.

# I Hartz IV - Wie alles begann

Als Hartz-IV-Kenner macht man oft den Fehler, beim Leser zu viel vorauszusetzen. Viele kennen zwar den Titel der ganzen Geschichte, nicht aber den Inhalt, die Fakten hinter dem Cover dieser Sozialreform. Wie denn auch? Ist man nicht direkt betroffen, dringen die wichtigsten Informationen nicht oder nur unzureichend an die Bevölkerung.

Nutzen Sie dieses Kapitel als Einstieg in diesen Bereich, als Hilfsmittel, um die Geschichte und die Folgen zu verstehen und zu beurteilen.

Das Hartz-IV-System oder auch die „Armut per Gesetz“. Die größte Sozialreform der Bundesrepublik. Unser Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder hat sie in Auftrag gegeben, Wirtschaftsfunktionär Peter Hartz sie entwickelt und ihr den Namen gegeben. Die Zielsetzung sah vor, dass durch eine Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ein vereinfachtes Leistungs- und Vermittlungssystem erschaffen werden sollte.

Aber was hat sich dadurch geändert, und ist dieses Vorhaben wirklich gelungen?

Angefangen bei der Organisation über die neuen Gesetze, die Unterschiede zu den bisherigen Vorschriften bis hin zur Leistungsberechnung.

Was steht mir zu, und wie errechnet sich mein Anspruch? Diese Fragen kann sicherlich nicht jedermann beantworten, und auch die Leistungsempfänger haben teilweise Probleme, die Bescheide zu verstehen.

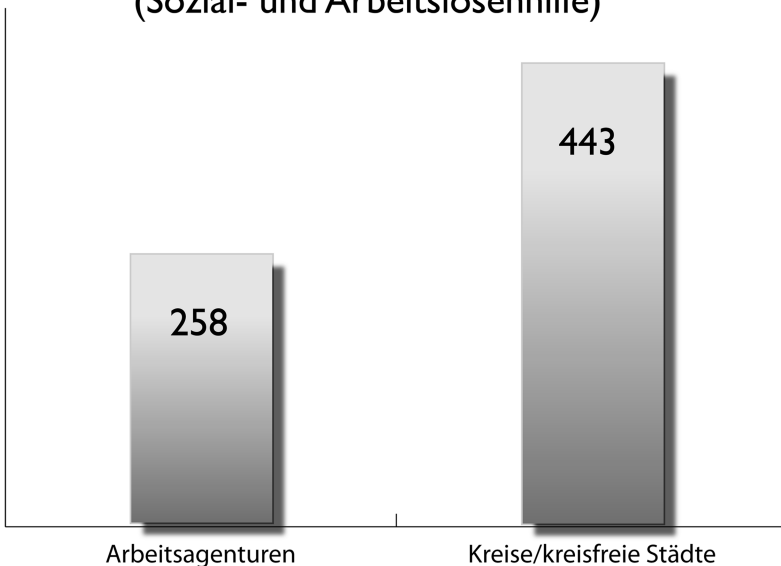
Darüber hinaus gibt es genaue Richtlinien, wie die so genannten Regelleistungen einzusetzen sind.

## 1.1 Die Erfinder

Während sich unser Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder an der Seite der mächtigen russischen Wirtschaftsfunktionäre vergnügt, Peter Hartz sein Leben in der karibischen Sonne genießt und ab und zu noch in irgendwelchen Aufsichtsräten sitzt und sein ohnehin schon üppiges Auskommen noch weiter aufbessert, haben seine Nachfolger und wir als Steuerzahler unter den Folgen der unsäglichen Ära des selbstherrlichen Regierungschefs zu leiden. Seine Agenda 2010 konnte bereits vor dem Erreichen dieses Jahres als gescheitert abgestempelt werden.

Die Folgen des von ihm in Auftrag gegebenen und von Peter Hartz entwickelten Hartz-IV-Konzeptes werden uns allerdings noch länger verfolgen. Die Grundidee war, die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zu nur einer Leistung, der so genannten „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, zusammenzuführen. Die größte Sozialreform der Geschichte wurde eingeleitet, um ein solch vereinfachtes System zu schaffen.

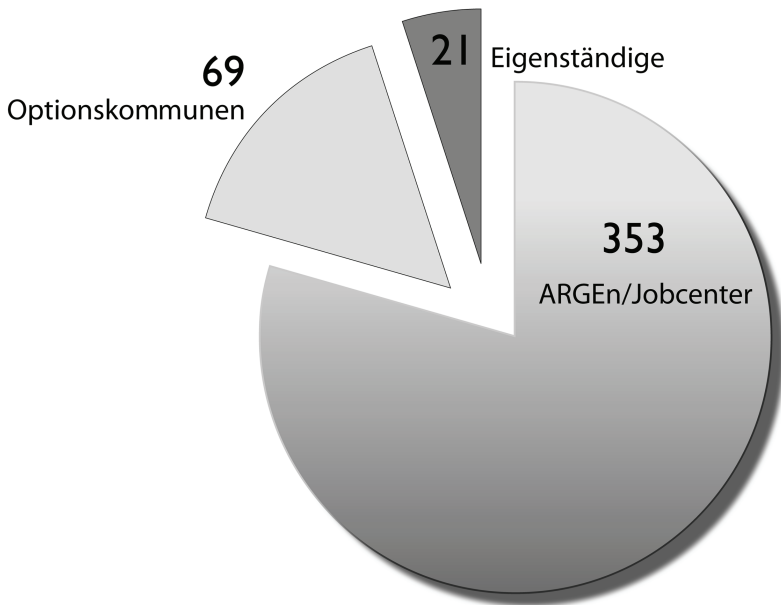
### Organisation vor dem 01.01.2005 (Sozial- und Arbeitslosenhilfe)



War die Gewährung von Sozialhilfe bislang den Kreisen, Städten und Gemeinden vorbehalten, sollten die neuen Sozialgesetzbuch II (SGB II)-Leistungen künftig zentral von der Arbeitsagentur verwaltet werden.

Um dies zu bewerkstelligen wurden 353 so genannte Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) - regional auch Jobcenter genannt - eingerichtet, die eigenständig arbeiten, allerdings über die Arbeitsagentur verwaltet werden. 69 Landkreise hatten darüber hinaus die gesetzliche Möglichkeit, durch das so genannte Optionsmodell die Organisation dieser neuen Leistungsart eigenverantwortlich zu verwalten. In weiteren 21 Regionen nehmen Kommunen und Arbeitsagenturen ihre Aufgaben weiterhin in getrennter Trägerschaft wahr. Ihnen sollte einiges erspart bleiben.

### Organisation nach dem 01.01.2005 (Arbeitslosengeld II / Hartz IV)



Über die Folgen dieser ganzen Geschichte haben sich die Gründer vermutlich keine Gedanken gemacht, oder doch? Ein schnellerer sozialer Abfall nach Arbeitslosigkeit, ein gesteigerter Armutsprozess in unserer Gesellschaft, ein neues System voller Rechtsfehler, Ungerechtigkeiten und sozialer Brennpunkte sowie Unmengen von Kosten.

Gerhard Schröder, der blassrote Wirtschaftskanzler, der im Rahmen seiner Banken- und Wirtschaftssubventionen auch seine letzten sozialdemokratischen Wurzeln verkaufte, hat es durch seine in Auftrag gegebene Sozialreform immerhin geschafft, einem kriminellen Wirtschaftsboss ein Denkmal zu setzen.

### **Peter Hartz IV.**

Welche groteske Spitze seiner Regentschaft.

Die Sozialdemokraten sind längst nicht mehr die Vertreter der kleinen Leute, und Gerhard Schröder hat diesen Trend spürbar forciert. Das Hartz-IV-System ist der beste Beweis dafür. Schröder hat die Bevölkerung mehr und mehr finanziell belastet und sich selbst mit der Wirtschaft verbündet, um seine Macht zu festigen und nicht zuletzt um Vorsorge zu treffen. Vorsorge für die Zeit nach seiner Politkarriere. „Der tolle Gerd, der hatte immer eine Hand in der Tasche. Und zwar in unserer“, schrieb Kabarettist Dieter Hildebrandt einmal sehr treffend in seinem Buch „Nie wieder achtzig.“<sup>1)</sup>

Im Nachhinein wird dann auch klar, warum ein Politiker wie Oskar Lafontaine, der immer für soziale Gerechtigkeit stand, seinerzeit aus der SPD ausgetreten ist. Aufgrund Schröders Agenda. Er hat offenbar den Verfall des Sozialsystems und den Strukturwandel seiner ehemaligen Genossen kommen sehen und bekämpft diesen nun aus einer anderen politischen Richtung.

Viele behaupten sogar, dass die Hartz-IV-Reform Schröders die Hauptsache für das aktuelle politische Tief der Sozialdemokraten sei.

## 2 Hartz IV und seine Folgen

Viel verheerender als beim so genannten Hartz-IV-Konzept hätten die Folgen eines neuen Arbeits- und Sozialsystems wohl kaum sein können. Ein jahrzehntelang erprobter Berechnungs- und Ausführungsprozess von Sozialleistungen für Arbeitslose und deren Integration in neue Beschäftigungsverhältnisse wurde außer Kraft gesetzt und durch ein neues - völlig unausgeglichenes System - ersetzt.

Die Folgen: Gesetzestexte, die ständig überarbeitet werden müssen, Unmengen von Kosten durch die neuen Standorte der einzelnen Arbeitsgemeinschaften, Personal und Administration sowie eine Welle von Sozialgerichtsprozessen. Kommunen gehen durch die zunehmenden Kosten finanziell am Stock und können ihren elementaren Aufgaben nicht mehr nachkommen.

Die Ämter arbeiten teilweise willkürlich und stoßen schnell an ihre Grenzen. Hinzu kommt das immense Streitpotenzial bei den Regelsätzen, das mittlerweile auch das Bundesverfassungsgericht aufgegriffen hat. Bis Ende 2010 müssen die Sätze von der Bundesregierung überarbeitet werden.

Was bringen die Ein-Euro-Jobs und vor allem: Was kosten sie?

Auch diese Fragen möchte ich aufgreifen und dem Leser näher bringen.

## 2.10 Grenzen des Systems

Zu Beginn des Arbeitslosengeldes II und nachdem die Startschwierigkeiten nach und nach behoben wurden, konnten die ARGEN in Deutschland durchaus Erfolge verbuchen. Durch den hohen Personaleinsatz und die stark gesunkenen Fallzahlen für Leistungssachbearbeiter und Arbeitsvermittler ergaben sich die positiven Resultate zwangsläufig. Vor allem den ehemaligen Leistungsempfängern der Arbeitslosenhilfe wurde nun eine ganz andere Aufmerksamkeit zuteil, und das sollte sich auf die Statistiken auch positiv auswirken.

Hatten die Mitarbeiter vor Einführung des SGB II bis zu fünfmal so viele Leistungsfälle zu bearbeiten, konnte man nun die Akten genau studieren und die Kunden regelmäßig und zeitnah betreuen. Folgerichtig stiegen auch die Vermittlungszahlen. Hinzu kam die räumliche Nähe der ARGEN. Die Mitarbeiter konnten die Arbeitslosen nun auch ortsnah betreuen, lokale Verbindungen nutzen und zielgerichtet arbeiten. Die Kunden wurden nicht mehr nur nach Nummern, sondern nach Namen verwaltet. Zweifellos ein Fortschritt der neuen Standorte.

Die Anfangseuphorie wich allerdings nach mehreren Monaten und Jahren schnell der Ernüchterung. Wie in einer alten Ehe wurde auch die ARGE schnell vom Alltag eingeholt, und dieser bringt bekanntlich Probleme mit sich. Was die Mitarbeiter des Sozialamtes bereits aus ihren vorherigen Tätigkeiten kannten, kam nun auch auf die übrigen Kollegen zu. Trotz intensiver Betreuung der Personen stellten sich nur noch temporäre Erfolgserlebnisse bei der Arbeitsvermittlung ein.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die "Leistungsträger" unter den Arbeitsuchenden vermittelten sich bei intensiven Bemühungen beider Seiten fast von selber. Aber was kommt danach? Manche Personen sind nun einmal nicht ohne Grund seit Jahren erwerbslos. Nun waren andere Qualitäten der ARGE-Mitarbeiter gefragt: Überzeugungs- und Aufbauarbeit, Hilfsstrategien und eine kontinuierliche, aber realistische Eingliederungsplanung.

Personen nach langer Arbeitslosigkeit, teilweise mit sozialen Problemen behaftet, wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, so lautete die neue Herausforderung, aber in vielen Fällen blieb es bei dem Versuch.

Oftmals mussten die Sachbearbeiter und Arbeitsvermittler erkennen, dass ihre Kunden trotz intensiver Kontakte keine Firma haben wollten. Noch nicht einmal dann, wenn man die Entscheidungsträger in den Firmen kannte und die potenziellen Arbeitnehmer persönlich zu den Firmen begleitete.

Neben intellektuellen und fachspezifischen Schwächen einiger Personen scheiterte eine Arbeitsaufnahme in vielen Fällen auch schlichtweg an der fehlenden Mobilität der Leute. Selbst die Zeitarbeitsfirmen setzten bereits zum damaligen Zeitpunkt Führerschein und Pkw voraus. Und diese Voraussetzungen für eine schnelle, flexible und unabhängige Fortbewegung sind nun einmal aus den auf das Lebensnotwendigste beschränkten Regelleistungen nicht aufzubringen.

Meist ungelernt, kam für einen Großteil der Hartz-IV-Empfänger nur eine Beschäftigung im Produktionshelferbereich in Betracht, und die großen Herstellungsbetriebe arbeiten nun einmal überwiegend im Schichtbetrieb. Wohnt man nicht gerade in einer Großstadt mit einem funktionierenden und dicht gestrickten Netz öffentlicher Verkehrsmittel, sind die Firmen bei drei Schichten mit dem öffentlichen Personennahverkehr nicht zu erreichen.

Was läge also näher, als den Personen auf dem Weg zu mehr Mobilität behilflich zu sein. Aber an dieser Stelle setzen die Daumenschrauben der Gesetzgebung an, und Ausnahmeregelungen scheuten die Entscheidungsträger wie der Teufel das Weihwasser. Im Sozialgesetzbuch II gibt es keine gesetzliche Möglichkeit der Beihilfe für Führerschein und/oder Auto, wohl aber im Rahmen der Arbeitsvermittlung und der beruflichen Wiedereingliederung.

Anstatt den Leuten aber auf diese Weise zu helfen, wurden ihnen offensichtliche Scheinangebote unterbreitet, die man sich im Normalfall auch hätte sparen können. Fragte ein Hilfeempfänger nach einem Darlehen für Führerschein oder Auto, wohlgermerkt wir sprechen von einem Darlehen, bekam er oft zu hören: "Bringen Sie uns einen Arbeitsvertrag, dann bekommen Sie den Vorschuss." Was für ein grober Unfug! Welcher Arbeitgeber stellt denn jemanden in der Hoffnung ein, dass er schnell seinen Führerschein macht, sich ein Auto zulegt und dann umgehend seiner vertraglichen vereinbarten Arbeit nachkommt? Natürlich niemand.

Anders herum wird ein Schuh draus. Mit dem Führerschein in der Hand und einem Fahrzeug unter dem Allerwertesten hat der Hilfeempfänger ganz andere Perspektiven. Und erst dann hat er eine realistische Chance auf einen Job. Eine solche Regelung gab es aber nur in den seltensten Fällen. Vermutlich hatten die unflexiblen und wenig wagemutigen Verantwortlichen die Befürchtung, dass der Kunde die "Großzügigkeit des Amtes" ausnutze, gar nicht arbeiten wolle oder gegebenenfalls seiner Rückzahlungsverpflichtung nicht nachkommen werde.

Diese Angst ist allerdings irrational. Bekommt ein Empfänger von SGB II-Leistungen ein Darlehen, etwa für den Erwerb des Führerscheins, hat der Leistungserbringer auch die Möglichkeit, den Hilfebetrag in monatlichen Raten von dem Leistungsbetrag abzuzweigen. Erlischt der Hilfeanspruch, ergeht ein Rückforderungsbescheid. Kommt der Schuldner seiner finanziellen Verpflichtung nicht nach, wird die Forderung an das Zollamt als zuständige Vollstreckungsbehörde übergeben. Das finanzielle Risiko ist somit überschaubar, und wirtschaftlich wäre eine solche Regelung allemal gewesen.

Es ist eine einfache Rechnung. Gehen wir von der für den Staat günstigsten Konstellation aus. Ein allein stehender Mann mit einem monatlichen Hilfeanspruch von 650,00 € hat die Aussicht auf einen Job, ist aber nicht mobil. Die Kosten für den Führerschein (ca. 1.800 €) und einen günstigen Gebrauchtwagen (ca. 1.200,00 €) lägen bei etwa 3.000,00 €. Bewilligt ihm die ARGE dieses Darlehen, hat er die Möglichkeit, binnen drei bis sechs Monaten wieder selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen.

Bewilligt man diese Hilfe nicht, bleibt er arbeitslos und verursacht Kosten (inklusive Kranken- und Rentenkassenbeiträgen) in Höhe von jährlich über 10.000,00 €. Bei einer derartigen Sparoption hätte man dem Hilfeempfänger das Geld für Führerschein und Auto sogar schenken können und die Rechnung wäre noch aufgegangen. Solche Hilfeaktionen gab es aber leider nur sehr selten, und damit nicht genug.

Windige Arbeitsvermittler hatten allerdings die Möglichkeit, diese Vorschriften zu umgehen und den Kunden doch zu einer Führerscheinausbildung zu verhelfen. Die Ausgaben hierfür grenzten allerdings an vorsätzlichen Betrug des Steuerzahlers. Es gab die Möglichkeit, über einen Bildungsgutschein so genannte Kraftfahrermaßnahmen im CIE-Bereich zu

fördern. Im Klartext: Der Hilfeempfänger macht im Rahmen einer sechsmonatigen Maßnahme den alten Klasse 3-Führerschein und lernt darüber hinaus noch einige Theorieinhalte des Kraftverkehrs.

Die Kosten dafür: 6.500,00 €. Hinzu kommt die weitere Zahlung der Hartz-IV-Leistungen für sechs Monate plus Fahrtkosten (noch einmal etwa 5.500,00 €). In der Folge ist der Kunde mobil, kann eine Produktionshelferstelle im Rahmen der Zeitarbeit aufnehmen und fällt im Idealfall aus der Hilfe. Die Führerscheinausbildung hat den Steuerzahler in diesem Fall also schlappe 12.000,00 € gekostet, und das ohne Anspruch auf irgendeine Erstattung.

Dieser Weg führte in den meisten Fällen also immerhin noch zum Ziel, wenn auch zu einem äußerst kostspieligen. Das ist aber nicht in allen Fällen so. Anstatt dem Arbeitslosen auf diese Art und Weise wirklich sinnvoll zu helfen, wird Geld für weniger aussichtsreiche Förderinstrumente verschwendet.

Da steckt man die Person in einen beschäftigungstherapeutischen Ein-Euro-Job, der den Steuerzahler alles in allem an die 400,00 € pro Monat kostet oder gibt Tausende von Euro für anderweitige Fortbildungsmaßnahmen ohne wirkliche Perspektive aus. Eine weitere sinnlose Verwendung von Steuergeldern, und das nur, weil das Geld falsch eingesetzt wird und sinnvolle, realitätsnahe Konzepte und Rechtsgrundlagen fehlen.

Dann gibt es natürlich noch den Personenkreis, dem auch die Beihilfe für einen Führerschein nicht helfen würde, weil er diesen wahrscheinlich nicht lange in seinem Besitz hätte. Ich spreche von den vielen Suchtkranken, die zwar physisch noch arbeitsfähig im Sinne des SGB II sind, mehr aber auch nicht. Was macht man mit ihnen? Man kann Sanktionen verhängen, sie in Arbeitsgelegenheiten einsetzen, ihnen Einkaufsgutscheine anstatt Bargeld geben, sie zur Suchtberatung schicken oder an Therapieeinrichtungen verweisen.

In den meisten Fällen verfehlen diese Instrumente aber ihre Wirkungen, denn dieser Personenkreis hat sich vielfach bereits mit seinem Schicksal abgefunden und arrangiert. Im Klartext: In ein paar Wochen steht der Gewohnheitstrinker als Beispiel wieder vor seinem Sachbearbeiter - und das ganze Prozedere beginnt von vorne. Der Verwaltungsaufwand ist so-

mit wesentlich höher als der tatsächliche Nutzen der ganzen Bemühungen. Eine schier auf Kosten und Nutzen ausgerichtete Analyse käme zu dem nüchternen Ergebnis, dass es also viel einfacher und kostengünstiger wäre, den Personen einfach ihr Geld zu überweisen und sie ihrem Schicksal zu überlassen. Das mag grausam klingen, wäre aber wenigstens einmal konsequent.

Hinzu kommen Familien mit vielen Kindern, Personen kurz vor dem Rentenalter und natürlich auch die Alleinerziehenden, die keine großen Chancen haben, den Hilfebezug zu beenden und wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen zu können. Irgendwann bleibt der ARGE dann nur noch eine Möglichkeit: Wenn die Integration nicht funktioniert, dann werden die Leute nur noch verwaltet. Und dafür braucht man wiederum auch nicht einen derart hohen Personalschlüssel, wie ihn sich die ARGEn auf die Fahnen geschrieben haben und auch praktizieren.

Und dann gibt es natürlich noch die Personen, die arbeiten könnten, es aber nicht wollen. „Ich habe erkannt, dass körperliche Arbeit nichts für mich ist“, sagte mir einmal ein Mann, Mitte Dreißig, der bereits mehrere gescheiterte Ausbildungs- und Arbeitsversuche hinter sich hatte, auf den Kopf zu. Das ist natürlich keine gesunde Lebenseinstellung, aber es ist zumindest eine. Eine solche Person kann man folglich auch nicht motivieren. Natürlich kann man ihn aufscheuchen, ihm finanziell schaden, oder dies versuchen, aber was bringt das?

Eine Arbeitsgelegenheit von neun Monaten als Hausmeisterhelfer sitzt er locker ab. Er ist dabei die meiste Zeit krank, und ansonsten macht er sich in den sechs Stunden täglich auch nicht kaputt. Einen weiteren Ein-Euro-Job darf man ihm nicht ohne weiteres anbieten, und das weiß er. Er hat keinen Führerschein und kann somit die meisten Arbeitsstellen nicht erreichen. Droht dann doch mal ein Arbeitsvertrag, weiß er genau, wie er sich zu verhalten hat, um diesen nicht zu bekommen.

Es gibt immer Menschen, die sich erfolgreich den Mechanismen der Arbeitsvermittlung entziehen. Dieser Mann hat sich zum Beispiel mit seinem bescheidenen Leben arrangiert. Er hat seine Fixkosten auf Null runter gefahren, kauft sich nur das Nötigste und ansonsten schnorrt er sich bei Bekannten, Familienangehörigen oder Verwandten durch. Er kommt zu-

recht, ein oder zwei Sanktionen sitzt er locker aus und somit ist jede zusätzliche staatliche Hilfestellung vergebliche Liebesmüh.

Das System stößt an seine Grenzen, und das wird sich in Zukunft auch nicht ändern. Ganz im Gegenteil. Der Arbeitsmarkt ist heute schon ein Haifischbecken, und die Schwächsten bleiben auf der Strecke. Was soll die ARGE also mit ihrer meist schwierigen und oft gehandicapten Klientel machen? Natürlich gibt es Integrationsinstrumente wie Lohnkostenzuschüsse, um dem Arbeitgeber eine Einstellung schmackhaft zu machen. Diese sind allerdings auch nicht von Dauer. Irgendwann müssen sich die Leute selbst durchschlagen, und das gelingt längst nicht allen.

### 3 Das öffentliche Interesse

Hartz IV ist in aller Munde, so viel steht fest. Jugendliche „hartzten“ sprichwörtlich herum, die Schamgrenze sinkt. Der Markenname Hartz IV wird geprägt, durch Medien sowie die Politik unterstützt.

Die Macht der Medien spielt dabei eine ganz gewichtige Rolle, denn immer wieder wird in bestimmten Zeitungen und Sendern subjektiv über das Thema berichtet und künstliche Hartz-IV-Debatten werden schlichtweg inszeniert.

Darüber hinaus wächst trotz der leichten Kursänderungen der neuen Regierung nach der Bundestagswahl 2009 der öffentliche Druck auf die Berliner Machtbefohlenen und ihr Hartz-IV-System von Tag zu Tag, und auch einige Prominente machen bereits mobil gegen die „Armut per Gesetz“.

Gleichermaßen führen die Politiker regelmäßige Scheingefechte, schüren in der Bevölkerung Unfrieden gegen die Leistungsempfänger und bringen somit ganze Bevölkerungsschichten gegeneinander auf.

Oftmals handelt es sich hier um gezielte Kampagnen, um von den eigenen Problemen und Versäumnissen abzulenken. Fast jeder Berufspolitiker publiziert seine Meinung, aber was steckt wirklich dahinter? Teile und herrsche, so heißt das Erfolgsrezept.

Demzufolge werden auch die Änderungen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP nicht viel bewirken, und nur ein Bruchteil der Hilfeempfänger wird besser gestellt.

Ein Punkt aus diesem Vertrag wurde mittlerweile bereits gestrichen, und zwar die Organisationsänderung der Hartz-IV-Verwaltung ohne Grundgesetzänderung.

Es geht also weiter wie bisher und das öffentliche Interesse erhöht sich gleichermaßen.

### 3.3 Die Macht der Medien

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist im Grundgesetz verankert. Was unsere Gründerväter allerdings nicht bedacht und erst Recht nicht gewollt haben, ist die Macht, die von Zweitgenannten ausgeht. Oft bewegt sie sich am Rande der gezielten Verleumdung. Unbewusste oder gesteuerte Manipulationen untergraben dabei das System, das sie einst ins Leben gerufen hat.

Privatsender und Boulevardblätter üben diese Macht aus, und es ist erschreckend, wie viele leichtgläubige Menschen ihnen ins offene Messer laufen. Ich reagiere meist mit Unverständnis und Schrecken darauf, wie sich schon beim morgendlichen Brötchenkauf jede zweite Hand gezielt in Richtung dieser Revolverblätter steuern lässt. Oder wie bereits beim ersten Schluck Kaffee über die Propaganda-Schlagzeilen und diktierten Themen des Tages diskutiert wird.

Ähnlich ist es beim Fernsehen. „Im Fernsehen haben sie gesagt....“ Bei diesem Satz dreht sich mir regelmäßig der Magen um. Als ob der Weisheit letzter Schluss wirklich aus den Mündern der Programmverantwortlichen käme. Werden uns Informationen multimedial oder medial übermittelt, dann müssen sie ja schließlich auch stimmen.

Wo bleibt denn da noch die eigene Meinung? Und wer hinterfragt diese Thesen denn heutzutage überhaupt noch? Warum geht man den Dingen nicht selber auf den Grund? All das haben die Leute offenbar heutzutage verlernt. Eine Folge der zunehmenden Berieselung von allen Seiten.

Besonders gefährlich ist dieser Medieneinfluss, wenn dadurch Angst, Hass und Sozialneid geschürt wird. Was gab es nicht alles für Schlagzeilen über das neue SGB II-Gesetz und seine Folgen. Es fing an mit vergleichsweise harmlosen Geschichten, die einfach nur die bloße Rechtsunkenntnis der Verfasser offenbarten. „Kein Geld mehr für Arbeitsverweigerer“ hieß es etwa. Sicherlich ist das ein Punkt der neuen Gesetzestexte, der aber gleichermaßen, nur in einem leicht veränderten Wortlaut, bereits im Jahrzehnte lang angewandten Bundessozialhilfegesetz verankert war.

„Hartz-IV-Empfänger müssen für einen Euro arbeiten.“ Diese Aussage ist schlichtweg falsch, und darüber hinaus ist dieses Instrument der berufli-

chen und gesellschaftlichen Integration auch nicht neu. Dieser vermeintliche Stundenlohn stellt ein Zusatzentgelt zur Hilfe zum Lebensunterhalt und der Unterkunftskosten dar, keinesfalls einen realen Stundenlohn.

Hinzu kommt, dass es diese Maßnahmen bereits in der Sozialhilfe gab, nur dass es dort gemeinnützige Arbeit hieß. „Richtig so. Endlich greift der Staat durch“, hallt es dann aus den Kehlen der ahnungslosen Arbeiterschaft, die ihre eigenen Leistungen durch derlei Maßnahmen gegen vermeintliche Drückeberger aufgewertet sieht.

Viel gefährlicher sind aber gezielte Hetz- und Diffamierungskampagnen, die indirekt die Sozialschwächsten treffen. „Die Hartz-IV-Abzocker“ ist so eine beliebte und oft publikumswirksam eingesetzte Schlagzeile der Gazetten, die sich schließlich ja auch nur über Schlagzeilen verkaufen lassen. Wer macht sich denn schon die Mühe, Gegendarstellungen oder Leserbriefe zu lesen?

In jedem Sozialsystem gibt und gab es Personen, die dies ausnutzen und versuchen, ihren Profit daraus zu schlagen. Aber wie gering ist dieser Prozentsatz? Verschwindend. Die Aussagen sind dennoch allgegenwärtig und in den Köpfen der Leserschaft verankert. Es stand ja schließlich in der Zeitung, und dann muss es ja auch stimmen.

Dass durch solche Kampagnen aber ganze Gesellschaftsschichten in Misskredit gebracht werden, interessiert die Meinungsmacher nicht im Geringsten. Personen, die unverschuldet in Not geraten sind und teilweise unter dem Existenzminimum leben, werden mit Betrügern auf eine Stufe gestellt, weil sie die gleiche Hilfeart beanspruchen müssen. Ohnehin am Rande der Gesellschaft angesiedelt, bugsieren solch gefährlich mediale Auftritte die unterste Schicht noch weiter ins Abseits, und das ist leider noch nicht alles.

Ein Beispiel: Der Familienvater kommt erschöpft von seiner körperlich harten Arbeit nach Hause und sehnt sich nach etwas kurzweiliger, seichter Unterhaltung. Plötzlich stößt er beim Durchzappen der Programme auf eine Reportage über Hartz-IV-Empfänger, denen es nach seinem Empfinden noch viel zu gut geht. „Guck mal Gaby, was die für einen Fernseher und für ´ne tolle Anlage haben“, brüllt er zu seiner Frau. Ziel erreicht.

Durch diese subjektive Berichterstattung über Personen, denen es trotz staatlicher Hilfe auf den ersten Blick an nichts fehlt, schüren die Meinungsmacher Unverständnis und Sozialneid und beleuchten dabei - wie so oft - nur einen ganz geringen Prozentsatz der Menschen. Wen interessieren schon Geschichten über Menschen, die wirklich nichts haben? Menschen, die ab dem 20. des Monats nichts mehr zu Essen haben? Menschen, die sich schämen, zur Tafel zu gehen, weil sie Angst haben, auf dem Gang dorthin oder vor Ort erkannt zu werden? Niemanden, denn solche Geschichten bringen schließlich keine Quoten und nicht ausreichend sozialen Zündstoff.

Es ist ja auch viel einfacher und effektiver, durch gezielte Berichterstattung die sozialen Kluften noch weiter zu vertiefen. Und was ist die Folge dieser Medienmanipulation? Wenn der Papa am nächsten Morgen auf dem Weg zur Arbeit bei der ARGE vorbeifährt und die Menschen dort einschreiten sieht, denkt er sich: „Ihr faulen Schweine. Ich gehe hart arbeiten, und ihr bekommt alles und müsst nichts dafür tun.“ Was ist leichter, als auf eine Gesellschaftsschicht einzuprügeln, die keinerlei öffentliche Mittel hat, um sich dagegen zu wehren?

Oder erfüllen diese einseitigen Berichterstattungen gar einen ganz anderen Zweck? Werden solche Kampagnen vielleicht missbraucht, um das Volk gegeneinander aufzuhetzen und dadurch von den eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken?

Es ist ja kein Geheimnis, dass die Politik einen direkten Einfluss auf manche Medien hat. In Hessen ist es ja vor wenigen Monaten durch den Auftritt von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) im Zweiten Deutschen Fernsehen wieder auf brutalstmögliche Weise deutlich geworden. Zur Erinnerung: Unter Federführung von Koch setzte der ZDF-Verwaltungsrat den politisch unliebsamen Chefredakteur Nikolaus Brender kurzerhand ab.

Die Geister, die ich rief, sind längst erwacht, und die Konsequenzen werden durch derartige Manipulationen der Meinungsmacher Tag für Tag verheerender.

## 5.3 Schwarzarbeit

Als Sachbearbeiter versucht man immer, die Arbeitslosen zu motivieren und wieder in Lohn und Brot zu bringen. In manchen Fällen stoßen diese Bemühungen allerdings auf Granit, denn die Hilfesuchenden haben dafür überhaupt keine Zeit. Sie haben bereits einen Job, und zwar einen illegalen. Schwarzarbeit ist auch im Hartz-IV-Bereich ein Thema, zumal sich die Klientel verändert hat und durch die kurzen Arbeitslosengeldzeiträume auch immer mehr Facharbeiter ins Arbeitslosengeld II rutschen.

Mit einer handwerklichen Ausbildung kann man sich natürlich leicht einen solchen Job suchen und seine Hilfe auf diese Weise ohne spürbare Abzüge stark aufbessern. Das traditionelle Publikum der Langzeitarbeitslosen hat es da schon etwas schwerer, denn ihre Qualifikationen erstrecken sich vorrangig auf Helfer- und Handlangertätigkeiten. Dennoch gibt es Mittel und Wege, auch auf diese Weise an Arbeit und Geld zu kommen. Mit Gartenarbeit oder etwa Tätigkeiten auf dem Bau kann man sich ein nettes Zubrot erarbeiten.

Bekommt man als Sachbearbeiter einen solchen Tipp oder fällt der Leistungsempfänger anderweitig auf, kann man das Zollamt einschalten, und die Kommission zur Bekämpfung der Schwarzarbeit geht der Sache auf den Grund. Es gibt aber auch andere beliebte Bereiche, in denen das Recht gerne mal auf diese Art und Weise gebeugt wird. Da gibt es etwa die Gastronomie. Hilft man am Wochenende in der Kneipe nebenan oder auf irgendwelchen Festen oder Veranstaltungen aus, wird kein Sachbearbeiter davon Wind bekommen.

Aber auch im Rahmen einer angemeldeten, geringfügigen Beschäftigung kann vieles unter der Hand laufen. Der Arbeitgeber kennt auch die Freibeträge, und er rechnet auch gerne dementsprechend ab. Die ersten 100,00 € sind frei, und wenn der Kunde dann jeden Monat auch nur diesen Betrag verdient, wird man natürlich misstrauisch.

Sieht man seine Spezis dann auch noch in jeder Mittagspause beim benachbarten Pizza-Taxi den Teig kneten, muss man natürlich auch mal nachfragen: "Schon wieder hier?" Diese Frage kann man sich eigentlich sparen, denn man kennt die Antwort ja schon. "Ich helfe heute nur aus, weil mein

angeheirateter Schwipp-Schwager dritten Grades mütterlicherseits krank geworden ist."

Am Monatsende hat er dann aber wieder nur 100,00 € verdient, obwohl er dir noch vor zwei Monaten erzählt hat, dass die Aussicht auf eine zeitnahe Festeinstellung besteht. Man steht dem Sachverhalt also einmal mehr hilflos gegenüber. Bietet man dieser Person einen anderen, vollschichtigen Job an, unternimmt er alles in seiner Macht stehende, um diese Anstellung nicht zu bekommen.

Sie kennen sicherlich dieses Szenario. Sie gehen zu ihrem Lebensmitteldiscounter und vor ihnen an der Kasse steht ein dynamischer Jungunternehmer mit einem voll gepackten Einkaufswagen mit großen Mengen gastronomischer Artikel und Lebensmittel.

Warum kauft dieser Gastronomiebesitzer seine Lebensmittel im Einzelhandel, anstatt in den Großhandel zu fahren und die berechnete Mehrwertsteuer anschließend als Vorsteuer abzuziehen? Richtig. Er braucht Schwarzgeld für seine Kasse, um seine entsprechenden Helfer bezahlen zu können. Den Kassenzettel braucht er gar nicht, denn das Finanzamt bekommt diesen ohnehin niemals zu Gesicht. Dann könnten sie seine Einnahmen ja hochrechnen und würden ihm auf die Schliche kommen.

Nicht ausreichende Sozialleistungen, geringe Helferlöhne und hohe Lohnnebenkosten treiben die Leute in die Schwarzarbeit, und davon bleiben auch die ARGEn und ihre Mitarbeiter nicht verschont.